



UNSERE ZEITUNG

ZEITSCHRIFT DER DKP GÖTTINGEN

1. Ausgabe / Februar 2025

Wählt den Frieden!

Wichtiger als das Kreuz bei der Wahl ist die Verhinderung des Kriegs!

Die Stadt hat kein Geld und spart darum an allem. Warum hat sie kein Geld? Kein billiges Öl und Gas aus Russland bedeutet teure Energie für Unternehmen. Das verschärft Wirtschaftskrise und Inflation. Und das bedeutet für die Stadt weniger Geld durch Gewerbesteuer.

Für die Aufrüstung braucht der Bund mehr Geld und behält darum mehr Steuergelder für sich, die sonst an

die Städte geflossen sind. Auch das reißt ein Loch in die Stadtkasse.

Kriegspolitik ist vor Ort spürbar. Nicht nur, wenn mal wieder Kampfhubschrauber nachts den Tiefflug üben oder Düsenjäger die Schallmauer durchbrechen. Kriegspolitik bedeutet für uns in Göttingen: teures Schulessen, teurere Kita-Gebühren, teurere Bustickets, kaltes Wasser in der Eiswiese und vieles mehr.

Dazu kommen überbeuerte Mieten, irre Nebenkosten und mickrige Löhne. So manchem steht das Wasser längst bis zum Hals. Das alles ist aber noch nicht das Ende der Fahnenstange. Man muss kein Hellseher sein, um zu wissen, dass es nach den Wahlen noch schlimmer wird. Es reicht, wenn man den Damen und Herren Politikern einfach zuhört.

SPD, CDU, FDP, Grüne und AfD überbieten sich mit Forderungen nach noch mehr Geld für Waffen. Wenn es nach den Grünen geht, sollen künftig 3,5% des Bruttoinlandsprodukts dafür

ausgegeben werden, das sind 150 Milliarden Euro! Ein Drittel des Geldes, das der Staat überhaupt zur Verfügung hat. Die AfD möchte sogar auf 5% erhöhen, also 215 Milliarden Euro.

Jeder, der bis drei zählen kann, weiß, woher dieses Geld genommen werden soll. Sicher nicht von den Reichen, sondern von uns.

Aber die Zeichen stehen auf Krieg und der kostet eben. Am Ende unser aller Leben! Drei Jahre dauert der Krieg in der Ukraine schon. Der Westen hat alles dafür getan, dass er ausgebrochen ist und nichts dafür, ihn zu beenden. Im Gegenteil, USA und NATO zündeln immer weiter. Der nächste Schritt ist die Stationierung neuer US-Raketen in Deutschland. Angriffswaffen gegen Russland! Deutschland wird damit zur Zielscheibe gemacht. Lassen wir das nicht zu und wehren uns endlich!

Jeder von uns kann sofort etwas tun und den Berliner Appell gegen die Stationierung der brandgefährlichen Raketen unterschreiben!

(sl)



NICHT WEGWERFEN! Diese Zeitung ist für Dich!

Diese Zeitung ist kein Werbeblatt, das besser in die Tonne wandert. Wir wollen nichts verkaufen, auch keine Daten abgreifen. Wir schreiben für Leute wie uns. Leute, die von ihrer Arbeit, von Stütze oder Rente leben müssen. Leute, die zur Miete wohnen. Leute, die mit ihrem Geld keine großen Sprünge machen können und trotzdem immer draufzahlen müssen. Leute, die sich von der Politik nichts mehr versprechen. Leute, die nicht alles glauben, was so erzählt wird und Leute, die die Schnauze voll haben.

Gleiche Leier auf neuen Saiten

Noch bevor die Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst des Bundes und der Kommunen überhaupt das erste Mal am Verhandlungstisch gesessen haben, hieß es schon wieder von den Arbeitgebern: Wir sind arm. Es ist kein Geld da. Wir würden ja, wenn wir könnten. Es ist die gleiche alte Leier, wie in jeder Tarifrunde im öffentlichen Dienst.

Dieses Mal aber mit ganz neuen Saiten, denn die Folgen der Krise und die Kosten für deutsche Kriege, sollen jetzt ganz unmittelbar auf die Beschäftigten abgewälzt werden. Ein Angebot liegt aktuell noch nicht vor, aber sowohl die Bundesinnenministerin, als auch die Präsidentin des VKA lehnen die gewerkschaftlichen Forderungen als zu hoch und nicht stemmbar ab.

Andererseits gibt es für die Forderungen der Beschäftigten gute Argumente. Die Reallöhne sind seit dem letzten Tarifabschluss weiterhin drastisch durch die steigenden Lebenshaltungskosten gesunken. Die Belastungen im öffentlichen Dienst spitzen sich zu. Nicht zuletzt der Ausfall des



gesamten Recyclingshofs in Göttingen zeigt das. Kitas können ihren Betreuungsschlüssel nicht halten, Sanierungen von Spielplätzen können nicht erledigt werden, die Wartezeiten auf Termine beim Rathaus sind in vielen Fällen sehr lang. 500.000 Stellen sind aktuell unbesetzt, bis 2030 werden weitere 1 Million Stellen durch Verrentung folgen.

Und nicht zu letzt, wer Milliarden für die Rüstung ausgeben

kann, kann dieses Geld auch für die Beschäftigten ausgeben. Die 100 Milliarden für die Rüstung würden das Volumen der Forderungen fast sieben Mal erfüllen.

Also runter mit der Rüstung, rauf mit den Löhnen! Für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Öffentlichen Dienst statt der fortschreitenden Verschlechterung! Echte Entlastung für die Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst.

(tk)



Liesels Gänschen wundert sich:
Welche Partei bleibt eigentlich auf dem Wahlzettel übrig, wenn Kriegspolitik und Hetze gegen Ausländer sie unwählbar macht?

Die **Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke** mischt sich ein!

Wir werfen in jeder Ausgabe einen Blick auf die aktuelle Arbeit der Göttinger Linken.

Die *Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke* ist ein kommunalpolitischer Zusammenschluss vieler parteiloser Linker, der Gröner Antifaschistischen Linken und der DKP Göttingen. Sie stellt mit den drei Abgeordneten Jost Leßmann, Nornia Marcinkiewicz und Torsten Wucherpfennig eine Fraktion im Göttinger Stadtrat. Darüberhinaus ist sie in den Orträten von Grone und Geismar vertreten.

Als Mitte Dezember vergangenen Jahres im Stadtrat der städtischen Haushalt für 2025/26 sowie das sogenannte „Haushaltssicherungskonzept“ mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP beschlossen wurden, stimmte die

Fraktion der Göttinger Linken dagegen. Und das aus gutem Grund: schon der reguläre Haushalt sieht massive Einsparungen vor. Das „Haushaltssicherungskonzept“ geht noch weiter. Angesichts des Millionendefizits in der Stadtkasse hatte die Oberbürgermeisterin die Verwaltung verpflichtet, für dieses Konzept Vorschläge für Einsparungen und die Erhöhung von Einnahmen vorzulegen. Herausgekommen ist eine wahre Horrorliste. „Das ist kein Konzept der Sicherung, sondern eines der Zerstörung – und das auf dem Rücken derjenigen, die unsere Stadt zusammenhalten.“, urteilt Torsten Wucherpfennig als finanzpolitischer Sprecher der linken Ratsfraktion.

Einen eigenen Vorschlag zur Verbesserung der Haushaltslage der Stadt

hat die Göttinger Linke auch vorgelegt: die Sparkasse Göttingen muss sich mit ihren Gewinnen endlich am Haushalt von Stadt und Landkreis beteiligen. Träger der Sparkasse ist die Stadt, sie ist eine öffentlich-rechtliche Einrichtung. „Während Rat und Verwaltung im städtischen Haushalt nach möglichen Einsparungen suchen, wird die Sparkasse als wertvollstes Vermögen der Stadt nicht genutzt – obwohl ihre Gewinnausschüttungen der Allgemeinheit zugutekommen könnten,“ so Torsten Wucherpfennig. „In den vergangenen Jahren fehlte der politische Wille und wir fragen uns: Wenn nicht jetzt, wann dann?“ Der entsprechende Antrag der Ratsfraktion der Göttinger Linken wurde von den anderen Parteien abgelehnt.

(sl)

Jugend in der Krise: Wehrpflicht? Nein Danke!

An jeder Göttinger Bushaltestelle starren sie heroisch in die Ferne, die Werbemaskottchen der Bundeswehr. Souverän, selbstbewusst, organisiert

steht drüber und man ergänzt schon im Geiste: zäh wie Leder, hart wie Kruppstahl.

So viel Werbung wäre nicht nötig, wenn sich genügend Jugendliche freiwillig für diesen Mords-Job entscheiden würden. Ein Job bei der Bundeswehr ist aber kein normaler Job. Es ist einfach etwas anderes, ob einen die Ausbildung darauf vorbereitet, Elektroleitungen zu legen, oder darauf, in einem Krieg zu töten und zu sterben.

Weil das eigentlich allen klar ist, zieht auch die schönste Werbung nicht so richtig. Die Wehrpflicht soll darum jeden jungen Mann zwingen, ein Jahr seines Lebens zur Bundeswehr zu gehen oder einen Ersatzdienst als Billiglohnkraft zu leisten. Das alles ist Teil der Vorbereitung auf einen großen Krieg.



Weil wir aber kein Jahr unseres Lebens für die Interessen der Großkonzerne verschwenden und schon gar nicht sterben wollen, sammeln wir Unterschriften gegen die Wehrpflicht. Und das kommt gut an! An einem Vormittag haben wir an der Uni über 100 Unterschriften gesammelt und jede Menge gute Gespräche geführt. Unterschreib auch du gegen die Wehrpflicht!

(@sdaj_goettingen)



Grone: Ja, aber...

Nach guter Laune sieht Hendrik an diesem Abend nicht gerade aus. Ich setze mich auf den Hocker neben ihn und bestelle ein Bier. "Mach mal zwei draus", sagt er zum Wirt und dreht sich dabei eine Zigarette. "Und ich dachte, du haust gleich schon wieder ab, bei dem Gesicht das du ziehst.", sage ich. "Ja, aber: jetzt ist das Bier ja schon bestellt. Grund zum Feiern habe ich aber keinen, falls du das meinst.", nuschelt er mit der Zigarette im Mundwinkel. "Hats was hiermit zu tun?", frage ich und halte ihm mein Handy hin. Geöffnet ist der Artikel im Tageblatt über die Einigung von Prüfgemeinschaft, Mieterbund und LEG in Grone. "Natürlich", brummt Hendrik. "Aber ist doch erstmal gut für die Mieter, oder nicht?" "Ja, klar. Sonst hätten wir uns auf den

Deal ja auch nicht eingelassen. Also ja, aber: Die Mieter verzichten darauf, dass die Nebenkostenabrechnungen der LEG von 2022 verjähren. Dafür gibts ne Klage gegen Enercity, die die beknackten Verträge ja mal ursprünglich gemacht hat. Und wenn die Klage Erfolg hat, gibts neue Abrechnungen. Wenn nicht, hilft die LEG mit immerhin 300.000 Euro aus, bei Leistungsempfängern zahlt die Stadt." "Wenn du es so erzählst, klingt es sogar eigentlich ganz gut.", meine ich. "Ich sag ja: wens schlecht wäre, hätten wir es nicht gemacht. Aber richtig gut gewesen wäre natürlich, wenn die LEG sich ihre Forderungen komplett an den Hut gesteckt hätte. Das mit dem Verzicht auf die Verjährung, das wurmt mich schon." Er nimmt einen großen Schluck Bier.

"Kann ich verstehen", sage ich, "aber du weißt ja, wer gar nicht erst kämpft, hat sowieso schon verloren. Und ihr habt gut gekämpft! Und eine Niederlage ist das jetzt auch nicht. Überleg mal, am Anfang wollte die LEG nichtmal mit euch reden." "Ja, jetzt müssen sie mit uns reden! Dass die Prüfgemeinschaft für die Mehrheit der Mieter spricht, ist mittlerweile sogar denen klar. An den organisierten Mietern führt in Grone kein Weg mehr vorbei, also reden sie mit uns. Also ja, aber: Freunde werden wir jetzt nicht, wir und die LEG. Wir sitzen nämlich schon an den Nebenkostenabrechnungen von 2023. Auch wieder voller Fehler. Gibt also ne zweite Runde!" Ich lache: "Ja dann aber: Prost!"

(sl)

Kulturteil: Das war der Rote Literaturherbst

Im November hatten wir drei Autor*innen zu unserem Roten Literaturherbst zu Gast. In ihren Büchern erzählen sie von verschiedensten Figuren, die in Deutschland arbeiten, studieren, sich politisch betätigen und leben, von Jugendlichen, Familien, Arbeitnehmern, Rentnern oder Migranten. Mit den Lesungen haben wir der Arbeiterliteratur in Göttingen eine Bühne gegeben und über politische und literarische Fragen diskutiert. Den Auftakt machte Mesut Bayraktar mit seinem Buch "Die Lage". Mit dieser "Klassenliteratur im besten Sinne" sind wir ins Gespräch gekommen über die Position, die Migranten im Kapitalismus und der Arbeiterbewegung in Deutschland einnehmen.

Luna Ali las aus ihrem Roman "Da waren Tage". Die aus Syrien stammende Autorin baut darin zum Teil auch ihre eigenen Erfahrungen ein und

erzählt, wie die Hauptfigur Aras mit der Ausländerbehörde, dem Bürgerkrieg in seiner fernen und teilweise fremden Heimat und mit dem Alltag als Migrant umgeht.

Um "I.", der sich dem Kampf gegen den IS im kurdischen Rojava anschließt, geht es im Buch "Ich glaube jetzt, dass das die Lösung ist" von Ken Merten. Ken diskutierte mit dem Publikum seiner Lösung sowohl die politischen Hintergründe seines Buchs als auch den besonderen Erzählstil seines Romans.

Gemeinsam haben wir bei allen drei

Lesungen über Literatur gesprochen, die uns zwar unterhält,

es uns aber auch ermöglicht, unser Klassenbewusstsein aus neuen Perspektiven zu stärken. (sl)



ROTER FEIERABEND

WANN? FREITAG, 28. FEBRUAR, 20 UHR

WO? KADENZ, JÜDENSTR. 17

**WAS? BEI KALTEN GETRÄNKEN DEN FEIER-
ABEND EINLÄUTEN, DISKUTIEREN,
VERNETZEN, PLANEN**

DKP
Göttingen